

Luzerner Tagblatt.

Abonnementpreis:

	Halb	Monat	Wochen
Durch die Post bezogen	fr. 12.80	fr. 6.40	fr. 9.40
Für Luzern zum Bezogen	" 12. —	" 6. —	" 3. —
Abholen	" 10. —	" 5. —	" 2.50

Er erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditiions-Büreau: St. Jakobsworstadt 668 E.

Sechshunddreißigster Jahrgang.

N^o: 276.

Inserionspreis:

Die einseitige Zeitspalt oder deren Raum 10 G.
Für Wiederholungen 8
Inserat: Annahme, größere bis 9 Uhr, kleinere bis 10 1/2 Uhr, im
Expeditiions-Büreau. — Auskunft über Inserate ebenfalls
oder durch Telephon. — Schriftliche Auktions- über Inserate
gegen Einzahlung der betr. Rückzahlung in Postmarken.

Donnerstag,

Jeden Freitag eine belletristische Beilage: „Wöchentliche Unterhaltungen“

den 24. November 1887.

Die Landwirtschaft und die Zollfrage.

III.

In der Schweiz schien es eine Zeit lang, als ob man allen diesen durch die fremde Einfuhr von Getreide bewirkten Veränderungen begegnen könne, indem man sich ausschließlich auf die Milchwirtschaft verlegte. Die Verhältnisse waren auch in der That besonders günstig, obwohl in allen Fällen zwei Einnahmequellen sicherer sind, als bloß eine. Die Käsefabrikation vermehrte sich von Jahr zu Jahr, die Käse-, Milch- und Viehpreise waren in stetem Steigen begriffen. Allein in den umliegenden Staaten machte sich bald infolge des Sinkens der Getreidepreise eine ähnliche Wendung geltend. Man wurde auch dort gezwungen, den Getreidebau einzuschränken und sich mehr auf die Viehzucht und die Milchwirtschaft zu verlegen. Dazu kam dann noch das Sinken der Wollepreise infolge der fremden Einfuhr. Die Schafzucht mußte aufgegeben werden, und die Schafweiden wurden mit Hilfe der künstlichen Düngemittel für den Futterbau bestimmt. In Deutschland, Frankreich, Italien und selbst in der alten Konstantinopel Europas, in Oesterreich-Ungarn, geht die allgemeine Lösung auf Vermehrung des Futterbaues und Einführung von Käfereien. Gleichzeitig suchen diese Staaten die Räfindustrie durch hohe Zölle zu schützen. Deutschland machte den Anfang mit 25 fr. per Kilogramm, und Italien und Oesterreich schieden sich an, selbst auf 40 fr. zu erhöhen. Die ausgeführten Käse mußten beinahe um den ganzen Betrag dieses Zolles wohlfeiler verkauft werden. Der Bedarf an gemahlener Waare, an Käse zweiter Qualität, verminderte sich zusehends. Dieses mußte selbstverständlich auch einen Rückschlag auf die Milchpreise ausüben. Diese sind nunmehr so niedrig, daß die Milchproduktion nur bei besonders günstigen Verhältnissen sich rentirt. (Landwirtsch. Zentralblatt 1882, Nr. 52.) Wenn die in den umliegenden Staaten neuerdings angebotenen Zollerhöbungen überall durchzuführen sollten und inszwischen für unsere Milchprodukte nicht neue Absatzquellen aufgefunden werden, so müßte der Milchwirtschaft ein ähnliches Schicksal bevorstehen, wie dem Getreidebau; denn es ist nicht zu bezweifeln, daß die umliegenden Staaten ihren Bedarf an Käse bald selbst zu erzeugen vermögen, so daß dann dort der keine Schweizerkäse nur mehr als Luxusartikel betrachtet würde. Mit dem Ubergange der Milchwirtschaft wäre aber auch der Ruin der Landwirtschaft besiegelt.

Es ist daher an der Zeit, der drohenden Gefahr rechtzeitig zu begegnen. Die Ursachen dieser Veränderungen können allerdings nicht einfach gehoben, weggewischt werden; allein zur Milderung der Nothlage läßt sich Vieles thun. Nach einem oder zwei Jahrzehnten werden sich vielleicht wieder andere Verhältnisse geltend machen. Abwärt wird der fogen. Raubbau, d. h. die Getreidekultur ohne Zügelung auch im Westen von Nordamerika ausführen müssen. Wenn dort der Boden gähnd und besser bearbeitet werden muß, so kann das Getreide nicht mehr so wohlfeil erzeugt werden, wie bisher. Inszwischen darf aber die Landwirtschaft nicht ihrem Schicksale überlassen, der Konkurrenz des Auslandes geopfert werden. Das Schlimmste wäre, die drohende Gefahr nicht erkennen zu wollen. Leute, welche außerhalb dem Betriebe der Landwirtschaft stehen, sind oft geneigt anzunehmen, es handle sich bei um Ueberreizung, um ein künstlich jütirtes Schredgepenst. Es ist wahr, manche Gegenden der Schweiz, namentlich die Weinbau treibenden, befinden sich noch in verhältnißmäßig günstiger Lage; allein es sind dieses nur Ausnahmen. Es gibt überall auch noch Landwirthe, die nicht so genau rechnen, wie sich ihre Kapitalien verzinsen; allein diese fallen ganz außer Betracht. Manche Erscheinungen im Volksleben, wie der zunehmende Luxus, die zahllosen Festlichkeiten, werden sogar als Zeichen zu nehmenden Wohlstandes gebauert; allein das ist Alles nur Schaum und Schein. Die Landwirtschaft krankt. Ihr fehlt das sichere Gebeßen, die Rentabilität. In den umliegenden Staaten hat diese Verminderung der Rentabilität geringere Folgen als bei uns, da dort der Großgrundbesitz und das Pachtsystem allgemeiner verbreitet sind. In Deutschland z. B. machen die Güter mit über 100 Hektaren Landes 25 % von allem landwirthschaftlich benutzten Boden aus. Bei uns ist jeder Bauer auch Eigentümer des von ihm bebauten Landes, und das ist sein berechtigter Stolz. Er fühlt sich mit ihm gleichsam verwaschen. Die Unpunkt der Zelterverhältnisse fällt nun aber auf ihn allein zurück, sie vertheilt sich nicht zwischen Pächter und Grundbesitzer. Das Land ist bei uns infolge verschiedener Verhältnisse, die

hier nicht näher erörtert werden können, zu einem großen Theile stark verschuldet, oft sogar überfchuldet. Ein andauerndes Sinken der Ertragsnisse muß aber das Land entwerthen und damit den Ruin des selbständigen Bauernstandes herbeiführen.

An Rathschlägen zur Hebung des Nothstandes fehlt es freilich nicht. Seit Jahren beschäftigen sich aufrichtige Freunde der Volkswirtschaft mit diesem Gegenstande. Philantropen und Dilettanten rücken mit Tugenden von Rathschlägen auf. Nach einer französischen Redensart ist Jedermann ein wenig Arzt, tout le monde dit-on est un peu medecin, und so wird auch die Landwirtschaft jetzt mit guten Ratschlägen förmlich bekümmert. Hr. Schäppi führt in seiner Broschüre „Handwerk, Kleingewerbe und Landwirtschaft“ die 19 solcher Mittel an, die gesunkene Landwirtschaft wieder zu heben. Hr. Wundtrath Droz fährt den Nothstand auf die schlechte Witterung der letzten Jahre und auf den Mangel an Einsicht und Wissen bei der Bauernschaft zurück und will daher das Uebel mit dem Schulmeister kurieren. Von den vielen vorgeschlagenen Mitteln ist leider der größere Theil praktisch gänzlich unwirksam. Sie kommen meist von Personen her, welche keine Erfahrungen im praktischen Betriebe der Landwirtschaft haben. Man redet von intensiverem Betriebe, von Einführung landwirthschaftlicher Maschinen und anderen schönen Dingen, ohne anzugeben, wie der Betrieb mit Vortheil intensiver als bisher gesehen könnte, wie es sich mit den höchsten Maschinen beim Kleinbetrieb verhalte und vor Allen, was ja die Hauptsache ist, wie es hiebei mit der Rentabilität stehe. Der Landwirtschaft thut nur Eins noch, bessere Rentabilität; alles Andere wird von selbst kommen. Es ist ein Leichtes, die Einnahmen von einem Landtage um 20 und mehr Prozent zu steigern; es fragt sich nur, ob die bisherigen Mehrauslagen sich bezahlt machen. Ist gewinn es den Anschein, als ob man nur mit wohlfeilen Rathschlägen auswürde, um andere mißbeliebte Bestrebungen nicht aufkommen zu lassen.

In neuester Zeit ist der Landwirtschaft sobann auch noch ein Gegner erwachsen, der mit Verwuthen auf den Ruin des freien Bauernstandes hinarbeitet. Eine Fraktion oder die Mehrheit der Sozialisten, als deren Haupt gegenwärtig der Amerikaner Henry George zu betrachten ist, erstarkt nämlich das Grundbesitzthum als die Quelle alles sozialen Elendes, den Bauern als den „Käuber am Wege, der Alles nimmt, was übrig ist.“ Da das private Grundbesitzthum einseitigen aber ohne Revolution nicht einfach wegbedreit werden kann, so soll dieses auf friedlichen Umwegen geschahen. Alle Steuern sollen ausschließlich auf das Grundbesitzthum verlegt und dieses damit belastet werden, daß es schließlich keine Rendite mehr abwirft und die Bauern froh sein müssen, das Land gratis der Regierung zu überlassen. Diese würde dann damit eine Art Allmendwirtschaft betreiben. Als den 10. September 1888 auf dem internationalen Sozialistkongresse in Basel die Abschaffung des privaten Grundbesitzthums ins sozialistische Programm aufgenommen wurde, glaubte man solches einfach beschließen zu dürfen. Seither haben sich die sozialen Zustände, die Gegenläge zwischen Großkapital und Arbeit, zwischen Reichthum und Armuth noch verschlimmert und die sozialistischen Bestrebungen an Kraft und Ausdehnung gewonnen. Diese Sozialisten werden natürlich unter irgend einem Vorwande alle jene Vorschläge und Bestrebungen zu bekämpfen suchen, welche geeignet sind, der Landwirtschaft wirksame Hülfe zu gewähren.

Eidgenossenschaft.

Luzern. Der Luzerner Korrespondent der „Allg. Schw. Ztg.“ unterzieht die von uns neulich gemachte Anregung, unheilbare und dabei unangenehme Frenen nicht in St. Urban unterzubringen, sondern für dieselben eine Pflegeanstalt zu errichten. Er sagt: „Es ist diese Anregung sehr des nähern Studiums werth. Die Anstalt in St. Urban ist immer überfüllt, und wir haben schon bezweifelt, ob das dortige Pflege- und medizinische Personal hinreichte, um allen Kranken unausgesetzte Aufmerksamkeit widmen zu können. Durch Unterbringen der unheilbaren Geisteskranken in einer andern Anstalt (soweit ihr Zustand ruhig und nicht aggressiv) würde die Anstalt entlastet, sie würde mehr zur eigentlichen Heilanstalt und würde vielleicht hiedurch nach und nach auch jenes Dium, infolge dessen leichter Erkrankte (Melancholiker u. s. w.) sehr selten freiwillig eintreten und nach ihrer Heilung aus falscher Scheu ebenso ungern wieder

in ihre Kreise zurückkehren. Eine Pflegeanstalt für unheilbare Geistesranke könnte aber vielleicht noch einem andern Zwecke dienen und die Pflegeanstalt Rathshausen entlasten. Direktion, Ausschichtsbehörden und Lehrkörper der letztern Anstalt befragen sich, daß ein ziemlicher Prozentsatz der hergebrachten Kinder nicht nur nach Pflege und Erziehung verwaigert, sondern auch geistig sehr beschränkt sei. Diese Kernter der Armen verursachen selbstverständlich die meiste Mühe, lohnen diese aber nur sehr selten und sind speziell im Unterrichte der Fortschritten der geistig normal begabten Kinder sehr hinderlich. Solche auch an Intellekt arme Kinder büßten dann wohl in einer getrennten Abtheilung der neu zu gründenden Anstalt untergebracht werden, wo man versuchen könnte, sie in einigen ihrer Fassungsvermögen angepaßten Handfertigkeiten zu unterrichten und so wenigstens in etwas die für's Leben nützlich zu machen. Viele arme Waisenlinge gibt es sobann noch in den Gemeinden, wo sie gewöhnlich zu sehr hohen Preisen verlosget und trotzdem selten menschlich behandelt werden. Nachdem man Anstalten geschaffen für arme Frenen, für arme Kinder, für resp. gegen arbeitstheue Individuen, dürfte man auch wohl an die armen Waisenlinge denken, die in den Gemeinden in größerer Zahl anzureifen sind, als man glauben möchte.“

(Eingefandt.) Die „Volksbank in Hohenraia“ mag sich den Luxus eines Professors gönnen. Sie hat schon oft und viel prozessirt und kennt das Pfaffen der Gerichte. Da die Stelle im „Anti-Gezetter“, welche die Volksbank betrifft, am 29. April 1886 in der „Berne Zeitung“ erschien, dürfte der Schadenersatzanspruch, wenn er je bestanden hätte, verjährt sein. Man redet freilich von vielen „Alibenen“, ehe sie kommen, und auch von solchen, die nie kommen. Die „Volksbank in Hohenraia“ müßte in einem solchen Prozesse doch offenbar ihre Geschäftslage darlegen und dem Hrn. Dr. Steiger und den Gerichten Einsicht in selbe gestatten. Ob sie dazu Lust hat?

— Ingenieure der Zurich sind gegenwärtig beschäftigt, die Einmündung der Brünigbahn in Luzern nach dem Vorschlage der vom Stadtrathe bestellten Experten (Steinhof-Säalimatte-Obergrund-Hauptbahnhof) auszuführen. Offenbar hat der H. Wundtrath beschloffen, es seien dieser Vorschlag des Nähern subirt werden und es seien deshalb darüber Plan- und Kostenberechnungen anzufertigen.

— Wollhufen. Letzten Sonntag wurde der Kandidat der Liberalen, Dr. Hauptmann J. Keller, mit 119 Stimmen zum Supplenten des Gemeinderathes gewählt. Der Kandidat der Konserwativen, Hr. Konrad Stocker, erhielt 64 Stimmen.

Zürich. (Z. Korr. vom 22. Nov.) Auch heute war Hr. Detan Frey Urheber einer lustigen Episode der Kantonsratsversammlung. Er zog seine Demission zurück, da eine Verammlung liberaler Abgeordnete ihm die Ueberzeugung beibrachte habe, es herrsche in Wirklichkeit keine Differenz zwischen ihm und seinen Wählern. Die Ernennung des vorhergezeichneten Seminarlehrers Utinger sei ganz anderen Ursachen zuzuschreiben. Diese Aphafe, durch welche sich der konsequente geistliche Herr wieder auf den Sesseln schwanzt, vertheilt den ihr gebührenden Heiterkeitserfolg nicht.

Von dem Major der Kommission zur Prüfung der Kantonalbank sei der günstige Bericht über die Gewerbeshalle erwähnt. Noch nie hat sie einen so hohen Umsatz gemacht. Nächste Woche wird eine Weihnachtswausstellung dort eröffnet, von der man sich viel verspricht. Ohne Widerspruch wurde die Vantrechnung genehmigt; ebenso das Postulat des Entlasses geistlicher Bestimmungen für Verpändung, eventuell Veräußerung von Schulhäusern und andern Liegenschaften des Gemeindehaushaltes.

Man konnte wider Erwarten schon am 11. Uhr auf die Beratung des Wirthschaftsgesetzes eintreten, worüber Hr. Dr. Haeler referirte. Anstandslos gingen die Paragraphen betreffend Patent und Abgabe und die Eintheilung der Wirthschaften in Tavernen, Speise- und Kaffeewirtschaften durch. Rohgebeten, welche sich auf den gewöhnlichen Ausdacht an ihre Gaste beschränken, Suppenanstalten u., Mineralwasserfabrikation, Naturerpflege außerhalb einer Wirthschaft unterliegen dem Gesetz nicht. Der Antrag, den Gemeindebeamten und Friedensrichtern kein Patent zu erteilen, ging nicht durch. Der Kommissionsentwurf erhielt fast durchwegs die Genehmigung; nur derjenige Paragraph wurde mit allen gegen etwa 10 Stimmen gestrichen, welcher der Regierung das Recht geben wollte, die Zahl der Wirthschaften nach dem Bedürfnis der betreffenden